

**Grundordnung
der Hochschule für angewandte Wissenschaften
Fachhochschule Landshut
vom 25. Juni 2007**

Aufgrund von Art. 13 und Art. 99 Abs. 6 und 7 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) vom 23. Mai 2006 (GVBl S. 245, BayRS 2210-1-1-WFK) sowie §18 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen sowie des weiteren wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an Hochschulen (BayHschPG) vom 23. Mai 2006 (GVBl S. 230, BayRS 2030-1-2-WFK) erlässt die Fachhochschule Landshut folgende

Grundordnung:

Inhaltsübersicht

I. Abschnitt: Allgemeines

- § 1 Namensführung und Hochschulbezeichnung
- § 2 Kuratorium
- § 3 Ehrensensator/Ehrensensatorin

II. Abschnitt: Zentrale Organe, Gremien und Einrichtungen

1. Kapitel: Hochschulleitung (Präsidium)

- § 4 Leitung der Hochschule, Amtszeiten, Wiederwahl
- § 5 Vertretung im Präsidium
- § 6 Abwahl der gewählten Präsidiumsmitglieder
- § 7 Vorzeitiges Ausscheiden aus dem Amt
- § 8 Berichtswesen

2. Kapitel: Wahl der Präsidiumsmitglieder

- § 9 Wahl des Präsidenten, der Präsidentin
- § 10 Öffentliche Ausschreibung
- § 11 Wahlvorschläge
- § 12 Wahlverfahren
- § 13 Durchführung der Wahl
- § 14 Wahlergebnisse
- § 15 Wahlprotokoll
- § 16 Wahlprüfung
- § 17 Wahl der weiteren Präsidiumsmitglieder

3. Kapitel: Senat und Hochschulrat

- § 18 Größe des Senats
- § 19 Hochschulrat

4. Kapitel: Zentrale und wissenschaftliche Hochschuleinrichtungen sowie Koordinierungsgremien

- § 20 Zentrale Einrichtungen (Betriebseinheiten)
- § 21 Koordinierungsgremien (Koordinierungsrat)

5. Kapitel: Frauenbeauftragte der Hochschule

- § 22 Aufgabenbereich
- § 23 Wahlverfahren und Amtsperiode
- § 24 Stellvertretung und Konferenz der Frauenbeauftragten

6. Kapitel: Behindertenbeauftragte der Hochschule

- § 25 Aufgabenbereich und Bestellung

7. Kapitel: Sachverständigengremien

- § 26 Errichtung und Aufgaben

III. Abschnitt: Fakultäten

1. Kapitel: Dekan, Dekanin und Prodekan, Prodekanin

- § 27 Wahl des Dekans, der Dekanin
- § 28 Vorzeitiges Ausscheiden aus dem Amt
- § 29 Abberufungen
- § 30 Wahlleitung
- § 31 Wahlverfahren
- § 32 Durchführung der Wahl
- § 33 Wahlergebnis
- § 34 Wahlprüfung
- § 35 Wahl des Prodekans, der Prodekanin

2. Kapitel: Studiendekane

- § 36 Amtsbezeichnung und Amtszeit
- § 37 Wahlverfahren

3. Kapitel: Fakultätsräte

- § 38 Größe der Fakultätsräte

4. Kapitel: Frauenbeauftragte der Fakultäten

- § 39 Aufgabenbereich
- § 40 Wahlverfahren
- § 41 Stellvertretung

IV. Abschnitt: Hauptberufliches wissenschaftliches Personal

1. Kapitel: Professoren und Professorinnen

- § 42 Berufungsverfahren
- § 43 Berufungsausschuss
- § 44 Aufstellung der Vorschlagslisten
- § 45 Probelehrveranstaltungen
- § 46 Fachgutachten
- § 47 Sondervoten

2. Kapitel: Lehrkräfte für besondere Aufgaben

- § 48 Einstellungsverfahren

V. Abschnitt: Nebenberufliches wissenschaftliches Personal

- § 49 Lehrbeauftragte und sonstige nebenberuflich Tätige

VI. Abschnitt: Studierendenvertretung

1. Kapitel: Studentischer Konvent

- § 50 Wahl des Vorsitzes und der Stellvertretung
- § 51 Einberufung
- § 52 Aufgaben

2. Kapitel: Fachschaftenrat

- § 53 Zusammensetzung
- § 54 Aufgabe

3. Kapitel: Sprecher- und Sprecherinnenrat

- § 55 Zusammensetzung
- § 56 Wahl
- § 57 Aufgaben
- § 58 Einberufung

4. Kapitel: Fachschaftsvertretung

- § 59 Aufgaben
- § 60 Einberufung

VII. Abschnitt: Gemeinsame Vorschriften für den Geschäftsgang in den Kollegialorganen und sonstigen Hochschulgremien

- § 61 Geltungsbereich
- § 62 Ladungen
- § 63 Beschlussfähigkeit
- § 64 Zustandekommen von Beschlüssen
- § 65 Öffentlichkeit
- § 66 Geheime Abstimmung
- § 67 Stimmrechtsübertragung
- § 68 Geschäftsordnung

VIII. Abschnitt: Übergangs- und Schlussbestimmungen

- § 69 Änderung der Grundordnung
- § 70 Übergangsbestimmungen
- § 71 Inkrafttreten

I. Abschnitt: Allgemeines

§ 1 Namensführung und Hochschulbezeichnung

- (1) Die Fachhochschule Landshut stellt ihrem gesetzlichen Namen (nach Art. 1 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 BayHSchG gem. Art. 1 Abs. 2 Satz 2 BayHSchG) die Bezeichnung „Hochschule für angewandte Wissenschaften“ voran und führt als staatliche Einrichtung den Namen „Hochschule für angewandte Wissenschaften – Fachhochschule Landshut“.
- (2) Die Verwendung der Zusatzbezeichnung in Körperschafts-Angelegenheiten (gem. Art. 73 Abs. 2 Satz 3 BayHSchG) bleibt unberührt.

§ 2 Kuratorium

- (1) Dem Kuratorium der Fachhochschule Landshut gehören bis zu 20 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens an, die dem Anliegen der Hochschule besonders verbunden sind.
- (2) ¹Die Mitglieder des Kuratoriums werden auf Vorschlag der Hochschulleitung vom Senat für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit bestellt. ²Wiederbestellung ist zulässig. ³Eine Vertretung ist nicht zulässig. ⁴Die Tätigkeit im Kuratorium ist ehrenamtlich.
- (3) ¹Das Kuratorium wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden/eine Vorsitzende und dessen/deren Vertreter. ²Der/die Vorsitzende soll das Kuratorium mindestens einmal im Jahr zu einer Sitzung einberufen. ³Das Kuratorium tagt nichtöffentlich, der/die Vorsitzende kann die Öffentlichkeit zulassen. ⁴Das Kuratorium kann sich eine Geschäftsordnung geben.

§ 3 Ehrensenator/Ehrensenatorin

- (1) Die Hochschule kann auf Vorschlag des Präsidenten/der Präsidentin oder einer Fakultät durch Beschluss des Senats an Persönlichkeiten, die sich um die Hochschule verdient gemacht haben, die Würde eines Ehrensensors verleihen.
- (2) Die Hochschule kann die Verleihung der Würde eines Ehrensensors wegen unwürdigen Verhaltens widerrufen; der Beschluss des Senats bedarf einer Mehrheit von zwei Dritteln der stimmberechtigten Mitglieder des Senats.

II. Abschnitt: Zentrale Organe, Gremien und Einrichtungen

1. Kapitel: Hochschulleitung (Präsidium)

§ 4 Leitung der Hochschule, Amtszeiten, Wiederwahl

- (1) ¹Die Fachhochschule Landshut wird von einem Präsidium geleitet.
²Das Präsidium besteht aus dem Vorsitzenden (Präsident) bzw. der Vorsitzenden (Präsidentin), zwei weiteren gewählten Mitgliedern (Vizepräsidenten bzw. Vizepräsidentinnen) sowie dem Kanzler bzw. der Kanzlerin.
- (2) Die Amtszeit des Präsidenten/der Präsidentin umfasst 8 Semester, die der Vizepräsidenten/Vizepräsidentinnen 6 Semester, jeweils einschließlich des Semesters, in dem die Bestellung wirksam wird.
- (3) Eine Wiederwahl des Präsidenten/der Präsidentin sowie der übrigen gewählten Mitglieder des Leitungsgremiums ist zulässig; beim Präsidenten/Präsidentin darf die Amtszeit insgesamt höchstens 20 Jahre, bei den übrigen gewählten Mitgliedern des Leitungsgremiums 15 Jahre betragen.

§ 5 Vertretung im Präsidium

¹Soweit nicht die Zuständigkeit des Präsidenten/der Präsidentin nach Art. 21 BayHSchG gegeben ist, bestimmt der Präsident/die Präsidentin im Benehmen mit den weiteren Mitgliedern der Hochschulleitung nach Art. 21 Abs. 9 BayHSchG einen der Vizepräsidenten/Vizepräsidentinnen zu seinem/ihrer ständigen Vertreter/Vertreterin für die Dauer von 6 Semestern.
²Art. 19 Abs. 2 Satz 3 und Art. 23 Abs. 3 BayHSchG bleiben unberührt.

§ 6 Abwahl der gewählten Präsidiumsmitglieder

- (1) ¹Der Präsident/die Präsidentin kann mit einer Mehrheit von zwei Drittel der Mitglieder des Hochschulrats aus wichtigem Grund in einer geheimen Abstimmung abgewählt werden. ²Für die weiteren gewählten Mitglieder des Präsidiums gilt Satz 1 entsprechend.
- (2) Auf Antrag von mindestens einem Drittel der Mitglieder des Hochschulrats beruft dessen Vorsitzender hierzu eine Sitzung ein.
- (3) Die Abstimmung über die Abwahl erfolgt unmittelbar nach der Aussprache über den entsprechenden Antrag.
- (4) Scheidet der Präsident/die Präsidentin aufgrund des Abstimmungsergebnisses aus seinem Amt aus, gilt § 7 entsprechend.

§ 7 Vorzeitiges Ausscheiden aus dem Amt

- (1) Scheidet der Präsident/die Präsidentin vorzeitig aus dem Amt aus, finden in diesem Fall unverzüglich Neuwahlen zur Bestellung eines neuen Präsidenten/einer neuen Präsidentin statt.

- (2) Scheidet ein Vizepräsident/eine Vizepräsidentin vorzeitig aus seinem/ihrer Amt aus, so ist unverzüglich für den Rest der Amtszeit ein Nachfolger/eine Nachfolgerin zu wählen.

§ 8 Berichtswesen

¹Das Präsidium kann von allen Organen und Gremien Berichte, Nachweise und Stellungnahmen einholen, die die Arbeit und den Aufgabenbereich dieser Gremien betreffen. ²Dies gilt insbesondere auch für die Vorlage von Unterlagen, die der Vorbereitung der Entscheidungen über die Verteilung von Stellen und Mitteln auf die Fakultäten dienen sowie für Unterlagen und Berichte zu den Entwicklungsplanungen in den Fakultäten.

2. Kapitel: Wahl der Präsidiumsmitglieder

§ 9 Wahl des Präsidenten/der Präsidentin

- (1) Der Hochschulrat wählt den Präsidenten/die Präsidentin in einer eigens nur für diese Wahl anberaumten Sitzung.
- (2) ¹Die Wahl wird durch den Wahlleiter/ die Wahlleiterin vorbereitet, durchgeführt und geleitet, soweit nicht die Zuständigkeit des Wahlausschusses gegeben ist. ²Wahlleiter/Wahlleiterin ist der Kanzler/die Kanzlerin oder eine von ihm/ihr damit beauftragte Person.

§ 10 Öffentliche Ausschreibung

¹Die Stelle des Präsidenten/der Präsidentin wird vom Wahlleiter/von der Wahlleiterin mit einer Bewerbungsfrist von mindestens vier Wochen öffentlich ausgeschrieben. ²Der Wahlleiter/die Wahlleiterin teilt den Mitgliedern des Hochschulrats, dem/der Vorsitzenden des Senats und des Hochschulrats sowie den Dekanen/Dekaninnen die Namen der Bewerber/Bewerberinnen nach Ablauf der Bewerbungsfrist unverzüglich mit.

§ 11 Wahlvorschlag

- (1) ¹Für die Wahl des Präsidenten/der Präsidentin unterbreiten die Vorsitzenden des Senats und des Hochschulrats aus der Zahl der fristgemäß eingegangenen Bewerbungen spätestens vier Wochen nach Ablauf der Bewerbungsfrist einen Wahlvorschlag. ²Die Mitglieder des Hochschulrates sowie die Dekane sind in diesem Zusammenhang berechtigt, von sich aus dem Wahlleiter bis spätestens zwei Wochen nach Ablauf der Bewerbungsfrist eigene Wahlvorschläge zu unterbreiten. ³Der Wahlleiter leitet diese umgehend an die in Satz 1 genannten Vorschlagsberechtigten weiter.
- (2) Der Wahlvorschlag ist dem Wahlleiter/der Wahlleiterin schriftlich zuzuleiten.

§ 12 Wahlverfahren

- (1) ¹Frühestens zwei, jedoch spätestens drei Wochen nach Zuleitung des Wahlvorschlags an den Wahlleiter/die Wahlleiterin gemäß § 11 Abs. 2 findet die Wahl statt. ²Den Wahltag bestimmt der Wahlleiter.
- (2) ¹In der dem Wahltag vorausgehenden Woche kann auf Verlangen von Hochschulratsmitgliedern eine Sitzung einzuberufen werden, in der den Bewerbern/Bewerberinnen Gelegenheit gegeben wird, sich dem Hochschulrat vorzustellen. ²Der Ladung zu dieser Sitzung sind die Namen der Bewerber/Bewerberinnen in alphabetischer Reihenfolge mit einer Aufstellung beizufügen, aus der der jeweilige berufliche Werdegang ersichtlich ist.
- (3) Die Termine von Absatz 1 und 2 dürfen nicht in die vorlesungsfreien Zeiten fallen.

§ 13 Durchführung der Wahl

- (1) Der Wahlleiter/die Wahlleiterin lädt die Mitglieder des Hochschulrates unter Nennung der Bewerbernamen spätestens eine Woche vor der Wahl schriftlich ein.
- (2) ¹Jedes Mitglied des Hochschulrats hat eine Stimme. ²Stimmrechtsübertragungen richten sich nach § 67 dieser Grundordnung. ³Gewählt wird ohne Aussprache in geheimer Abstimmung mit amtlichen Stimmzetteln.
- (3) ¹Vor Eintritt in die Wahlhandlung bestimmt der Hochschulrat aus seiner Mitte einen Wahlbeisitzer/Wahlbeisitzerin; er/sie bildet zusammen mit dem Wahlleiter den Wahlausschuss. ²Der Wahlleiter ist Vorsitzender des Wahlausschusses.
- (4) ¹Vor Empfang des Stimmzettels haben sich die Wahlberechtigten auf Verlangen des Wahlleiters/der Wahlleiterin auszuweisen. ²Schriftliche Nachweise der Stimmrechtsübertragungen sind dem Wahlleiter/der Wahlleiterin zum Verbleib bei den Akten zu übergeben. ³Er/sie stellt die Namen im Mitgliederverzeichnis des Hochschulrats fest. ⁴Die Stimmabgabe der Mitglieder einschließlich der Stimmrechtsübertragungen ist zu vermerken.
- (5) ¹Nachdem der Wahlleiter/die Wahlleiterin die Wahlhandlung für abgeschlossen erklärt hat, erfolgt die Auszählung der abgegebenen Stimmen. ²Ein Stimmzettel ist ungültig, wenn
 1. er nicht gekennzeichnet ist,
 2. er nicht als amtlich erkennbar ist,
 3. aus seiner Kennzeichnung der Wille des Wählers nicht zweifelsfrei hervorgeht,
 4. in ihm eine Person benannt ist, die nicht vorgeschlagen ist oder
 5. er außer der Bezeichnung des Gewählten noch Zusätze enthält.³In Zweifelsfällen entscheidet der Wahlausschuss über die Gültigkeit.

§ 14 Wahlergebnis

- (1) ¹Als Präsident/Präsidentin ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen des Hochschulrats auf sich vereinigt. ²Stimmenthaltungen gelten nicht als abgegebene Stimmen.
- (2) ¹Stehen mehr als zwei Bewerber zur Wahl, so findet nach einem vergeblichen ersten Wahlgang ein zweiter Wahlgang statt. In diesem stehen nur noch die beiden Kandidaten/Kandidatinnen mit den im ersten Wahlgang erreichten höchsten Zahlen der abgegebenen Stimmen zur Wahl. ²Ist wegen Stimmengleichheit unklar, wer den zweiten Wahlgang erreicht, so entscheidet darüber eine Stichwahl zwischen den stimmengleichen Bewerbern. ³Bei nochmaliger Stimmengleichheit entscheidet das Los.
- (3) ¹Erreicht in einem Wahlgang, in dem weniger als drei Bewerber zur Wahl stehen, keiner mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen, so findet ein erneuter Wahlgang statt. ²Bleibt auch dieser erfolglos so ist eine Woche später ein erneuter Wahlgang durchzuführen. ³Führt auch dieser zu keinem Ergebnis, so ist die Wahl nicht zustande gekommen. ⁴Es ist ein neues Wahlverfahren durchzuführen.
- (4) ¹Das Wahlergebnis wird vom Wahlleiter/der Wahlleiterin unverzüglich verkündet. ²Die Hochschule teilt dem/der Gewählten die Wahl mit und fordert ihn/sie auf, binnen einer Woche zu erklären, ob die Wahl angenommen wird. ³Gibt der/die Gewählte innerhalb dieser Frist keine Erklärung ab, so gilt die Wahl als angenommen; auf diese Bestimmung ist in der Mitteilung hinzuweisen.
- (5) Nimmt der/die Gewählte die Wahl an, so schlägt ihn/sie der Wahlleiter dem zuständigen Staatsministerium unter Beifügung einer Ausfertigung des Wahlprotokolls zur Bestellung vor.

§ 15 Wahlprotokoll

Über die Sitzung des Hochschulrats einschließlich der Wahlhandlung ist ein Protokoll zu führen.

§ 16 Wahlprüfung

- (1) Jeder/jede Wahlberechtigte und Vorgeschlagene kann binnen einer Ausschlussfrist von einer Woche nach dem Tag der Verkündung des Wahlergebnisses die Wahl unter Angabe von Gründen durch schriftliche, gegenüber dem Wahlleiter/der Wahlleiterin abzugebende Erklärung anfechten.
- (2) Eine Wahlanfechtung ist nur begründet, wenn wesentliche Vorschriften über das Wahlverfahren verletzt worden sind und diese Verletzung zu einem anderen Wahlergebnis geführt hat oder hätte führen können.
- (3) ¹Über eine Wahlanfechtung entscheidet der Wahlausschuss. ²Die Entscheidung ist schriftlich zu begründen, mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen und dem Antragsteller/der Antragstellerin sowie dem/der Gewählten zuzustellen. ³Ist die Wahlanfechtung begründet, so hat der Wahlleiter/die Wahlleiterin die Wahl für ungültig zu erklären und eine Wiederholungswahl durchzuführen.

§ 17 Wahl der weiteren Präsidiumsmitglieder

- (1) Unverzüglich nach Beginn des Semesters, in dem die Wahl stattfinden soll bzw. vier Wochen nach Wahl des Präsidenten/der Präsidentin, teilt dieser/diese den Wahlvorschlag für das jeweils zu besetzende Amt eines Vizepräsidenten/einer Vizepräsidentin (gem. Art. 22 Abs. 1 BayHSchG) dem Wahlleiter/der Wahlleiterin schriftlich mit.
- (2) Vorgeschlagene Personen können nur zur Wahl gestellt werden, wenn sie ihre Bereitschaft zu kandidieren schriftlich erklärt haben.
- (3) ¹Frühestens drei und spätestens fünf Wochen nach Bekanntgabe des Wahlvorschlags gemäß Absatz 1 findet die Wahl statt. ²§ 9, § 12 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 und 3 sowie §§ 13 und 14 Abs. 1 - 4 gelten entsprechend.
- (4) ¹Die Vizepräsidenten/Vizepräsidentinnen werden in getrennten Wahlgängen gewählt. ²Dies gilt auch dann, wenn die Wahl an einem Tag stattfindet.
- (5) ¹Das jeweilige Wahlergebnis wird vom Wahlleiter/der Wahlleiterin unverzüglich verkündet. ²Er/sie teilt den Gewählten das Wahlergebnis mit und fordert sie auf, binnen einer Woche zu erklären, ob die Wahl angenommen wird. ³Geben die Gewählten innerhalb dieser Frist keine Erklärung ab, so gilt die Wahl als angenommen; auf diese Bestimmung ist in der Mitteilung hinzuweisen.
- (6) Nimmt der/die Gewählte die Wahl an oder gilt die Wahl als angenommen, erfolgt die Bestellung durch den Präsidenten/die Präsidentin.

3. Kapitel: Senat und Hochschulrat

§ 18 Größe des Senats

- (1) Im einzelnen gehören dem Senat folgende Gruppenvertreter an:
 5 Professoren bzw. Professorinnen
 1 wissenschaftlicher Mitarbeiter bzw. Mitarbeiterin
 1 sonstiger Mitarbeiter bzw. Mitarbeiterin
 1 Studierender bzw. Studierende.
- (2) Bei den Gruppenvertretern der Professoren/Professorinnen dürfen nicht mehr als zwei derselben Fakultät angehören.
- (3) Die Frauenbeauftragte der Hochschule ist neben den Gruppenvertretern stimmberechtigtes Mitglied des Senats.
- (4) Die Präsidiumsmitglieder wirken im Senat mit beratender Stimme mit.

§ 19 Hochschulrat

- (1) ¹Dem Hochschulrat gehören neben den gewählten Mitgliedern des Senats acht Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Kultur sowie insbesondere Wirtschaft und beruflicher Praxis als nicht hochschulangehörige Mitglieder an. ²Scheidet ein nicht hochschulangehörendes Mitglied vorzeitig aus dem Amt, so wird unverzüglich für den Rest der Amtszeit des bisherigen Mitglieds ein neues bestellt.
- (2) Die nichthochschulangehörigen Mitglieder des Hochschulrates bleiben auch nach Ende Ihrer Amtszeit solange im Amt, bis entsprechende Nachfolger bestellt bzw. gewählt sind.
- (3) § 64 Abs. 1 Satz 3 findet auf den Hochschulrat keine Anwendung.

4. Kapitel: Zentrale und wissenschaftliche Hochschuleinrichtungen sowie Koordinierungsgremien

§ 20 Zentrale Einrichtungen (Betriebseinheiten)

- (1) ¹An der Fachhochschule Landshut bestehen als Zentrale Einrichtungen (gem. Art. 19 Abs. 5 BayHSchG) folgende Betriebseinheiten:
 1. die Bibliothek
 2. das Rechenzentrum
 3. das Sprachenzentrum
 4. das Kompetenzzentrum
 5. die zentrale Betriebswerkstatt.²Als zentrale Einrichtungen sind die Betriebseinheiten der Hochschulleitung zugeordnet.
- (2) Nähere Regelungen über die Organisation und Aufgaben der Betriebseinheiten ergeben sich aus den jeweiligen Betriebsordnungen.

§ 21 Koordinierungsgremien (Koordinierungsrat)

- (1) Für fakultätsübergreifende Studiengänge kann für die gemeinsame fachbezogene Wahrnehmung von Aufgaben in der Lehre von der Hochschulleitung auf Antrag der beteiligten Fakultäten (gem. Art. 19 Abs. 6 BayHSchG) eine Koordinierungskommission eingerichtet, die den überwiegend am Curriculum beteiligten Fakultäten (Stammfakultäten) zugeordnet ist.
- (2) Mitglieder der Koordinierungskommission sind jeweils zwei von den Stammfakultäten entsandte hauptamtliche Professoren/Professorinnen, die überwiegend in dem betreffenden Studiengang lehren, sowie ein/eine vom Fachschaftenrat entsandter Studierender/entsandte Studierende, der/die in dem betreffenden Studiengang immatrikuliert ist.
- (3) ¹Die Mitglieder der Koordinierungskommission können aus den Professorenvertretern eine kollegiale oder monokratische Leitung für eine Amtszeit von 4 Semestern wählen. ²Die Leitung der Koordinierungskommission hat in den Fakultätsräten in allen Angelegenheiten des fakultätsübergreifenden Studiengangs ein Beratungs-, Vorschlags- und Antragsrecht.

5. Kapitel: Frauenbeauftragte der Hochschule

§ 22 Aufgabenbereich

¹Die Frauenbeauftragte der Hochschule ist bei allen Maßnahmen, die die Erfüllung ihrer Aufgaben nach Art. 4 BayHSchG betreffen, rechtzeitig zu beteiligen und ihr Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. ²Die Frauenbeauftragte gehört der Erweiterten Hochschulleitung und dem Senat jeweils mit Stimmrecht an. ³Sie nimmt an den Sitzungen des Hochschulrates ohne Stimmrecht teil.

§ 23 Wahlverfahren und Amtsperiode

- (1) ¹Die Frauenbeauftragte der Hochschule wird vom Senat aus dem Kreis des an der Hochschule hauptamtlich tätigen wissenschaftlichen Personals gewählt. ²Den Wahltermin legt das Präsidium fest.
- (2) ¹Wahlvorschläge können von den Mitgliedern des Senats und der Fakultätsräte eingereicht werden. ²Wahlvorschläge sind spätestens zwei Wochen vor dem Wahltermin beim Präsidenten/bei der Präsidentin zusammen mit einer schriftlichen Einverständniserklärung der Vorgeschlagenen einzureichen.
- (3) ¹Zur Frauenbeauftragten der Hochschule ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen des Senats auf sich vereinigt. ²Stehen mehr als zwei Kandidatinnen zur Wahl und erreicht niemand im ersten Wahlgang die erforderliche Mehrheit, so findet eine Stichwahl zwischen den Kandidatinnen mit der jeweils höchsten Anzahl an Stimmen statt. ³Wenn nach einer Stichwahl weiterhin Stimmgleichheit besteht, so findet in der nächsten Sitzung des Senats eine erneute Stichwahl statt.
- (4) Die Frauenbeauftragte der Hochschule wird jeweils für eine Amtsperiode von drei Jahren bestellt, bleibt jedoch bis zur Wahl einer neuen Frauenbeauftragten im Amt. Wiederwahl ist zulässig.
- (5) Bei vorzeitigem Ausscheiden aus dem Amt wird die Nachfolgerin abweichend von Absatz 4 Satz 1 nur bis zum Ablauf der regulären Amtszeit der vorzeitig ausscheidenden Frauenbeauftragten gewählt.

§ 24 Stellvertretung und Konferenz der Frauenbeauftragten

- (1) Für die Frauenbeauftragte der Hochschule wird eine Stellenvertreterin gewählt.
- (2) Für das Wahlverfahren gilt § 23 entsprechend.
- (3) Die Frauenbeauftragte der Hochschule, ihre Stellvertreterin und die Frauenbeauftragten der Fakultäten bilden zusammen die Konferenz der Frauenbeauftragten.

6. Kapitel: Behindertenbeauftragte der Hochschule

§ 25 Aufgabenbereich und Bestellung

Ein Behindertenbeauftragter/eine Behindertenbeauftragte vertritt die Belange der behinderten Studierenden an der Hochschule.

- (1) In diesem Rahmen bestehen insbesondere folgende Aufgaben:
 - Beratung und Information behinderter Studierender und Studienbewerbern über Themenbereiche, die ihre Chancengleichheit an der Hochschule berühren, vorzugsweise über Studien- und Prüfungsbedingungen, bauliche und technische Gegebenheiten und Erfordernisse sowie ihre soziale Integration.
 - Beratende Mitwirkung bei der Behandlung und Entscheidung von Anträgen behinderter Studierender, die die Wahrung ihrer Chancengleichheit zum Inhalt haben, z.B. Anträge auf Prüfungsvergünstigungen, Erlass von Studiengebühren etc. auf Antrag des Studierenden.
 - Kontaktpflege zu Verbänden und Behörden, zu deren Aufgaben die Verbesserung der Lebensbedingungen behinderter Menschen gehört und entsprechende Vertretung ihrer Interessen bei diesen Einrichtungen
 - Aufbau eines hochschulinternen Netzwerkes zur Erfassung der Bedürfnisse, Wünsche sowie des Beratungsbedarfs behinderter Studierender und Koordinierung der Aufgaben mit den Fakultäten.
- (2) ¹Der/die Behindertenbeauftragte und die Stellvertretung werden vom Senat auf Vorschlag seiner Mitglieder aus dem Kreis der der Hochschule angehörenden Professoren/Professorinnen bestellt. ²Er/sie ist zu Tagesordnungspunkten von Gremiensitzungen einzuladen, die speziell die Belange behinderter Studierender zum Gegenstand haben und kann zu diesen Tagesordnungspunkten mit beratender Stimme teilnehmen.

7. Kapitel: Sachverständigengremien

§ 26 Errichtung und Aufgaben

- (1) ¹Das Präsidium, die erweiterte Hochschulleitung, der Hochschulrat und der Senat können zur Unterstützung der Erfüllung ihrer jeweiligen Aufgaben Sachverständigengremien einsetzen. ²Bei der Auswahl der Sachverständigen ist zu beachten, dass dabei nach Möglichkeit und Betroffenheit alle Mitgliedsgruppen der Hochschule berücksichtigt werden. ³Die Frauenbeauftragte ist zu allen Sitzungen von sachverständigen Gremien einzuladen und hat dort volles Stimmrecht.
- (2) Die Studiendekankonferenz ist ein ständiges Sachverständigen-gremium des Senats.
- (3) Sachverständigengremien haben beratende Funktion.
- (4) Die Mitglieder des Hochschulrats haben Anspruch auf volle Information über die Arbeit der Sachverständigengremien anderer Kollegialorgane nach Absatz 1 und 2.

III. Abschnitt: Fakultäten

1. Kapitel: Dekan/Dekanin und Prodekan/Prodekanin

§ 27 Wahl des Dekans, der Dekanin

- (1) ¹Der Dekan/die Dekanin werden vom Fakultätsrat aus dem Kreis der Professoren/Professorinnen der Fakultät für eine Amtszeit von 6 Semestern gewählt, bleiben jedoch bis zur Annahme der Wahl durch einen neuen Dekan/Dekanin im Amt. ²Wiederwahl ist zulässig.
- (2) Bei vorzeitigem Ausscheiden aus dem Amt wird der Nachfolger/die Nachfolgerin abweichend von Absatz 1 nur bis zum Ablauf der regulären Amtszeit des/der vorzeitig Ausscheidenden gewählt.

§ 28 Vorzeitiges Ausscheiden aus dem Amt

- (1) ¹Bei vorzeitigem Ausscheiden aus dem Amt finden unverzüglich in der Vorlesungszeit Neuwahlen statt. ²Für diese Wahlen gelten § 30 bis § 33 entsprechend mit der Maßgabe, dass die dort genannten Fristen nicht zur Anwendung kommen.
- (2) Erklärt kein Vorgeschlagener/keine Vorgeschlagene das Einverständnis mit der Kandidatur, so wird unverzüglich ein neues Wahlverfahren durchgeführt.

§ 29 Abberufungen

Beabsichtigt das Präsidium den Dekan/die Dekanin oder den Prodekan/die Prodekanin oder beide von ihrem Amt abzurufen, so informiert im ersteren Falle der Prodekan/die Prodekanin, im zweiten Falle der Dekan/die Dekanin sowie im Übrigen das dienstälteste Mitglied aus der Gruppe der Professoren/Professorinnen im Fakultätsrat dessen Mitglieder und beruft unverzüglich eine Sitzung des Fakultätsrates ein, der sich mit der Abberufung befasst und ggf. über die Einlegung eines Widerspruchs (gem. Art. 28 Abs. 1 Satz 4 BayHSchG) entscheidet.

§ 30 Wahlleitung

- (1) Wahlleiter/Wahlleiterin ist der/die amtierende Dekan/Dekanin.
- (2) Die Tätigkeit als Wahlleiter/Wahlleiterin schränkt das aktive und passive Wahlrecht nicht ein.

§ 31 Wahlverfahren

- (1) Die Wahl des Dekans/der Dekanin findet nach Beginn des letzten Semesters der Amtszeit des/der amtierenden Dekans/Dekanin statt.

- (2) ¹Spätestens vier Wochen nach Beginn des Semesters, in dem die Amtszeit endet, fordert der Wahlleiter/die Wahlleiterin die amtierenden Mitglieder des Fakultätsrats auf, Wahlvorschläge einzureichen.
²Jedes Mitglied des Fakultätsrats kann dem Wahlleiter/der Wahlleiterin bis spätestens zwei Wochen nach dem Termin gemäß Absatz 2 einen Kandidaten aus dem Kreis der Professoren/Professorinnen vorschlagen.
- (3) ¹Spätestens zwei Wochen nach dem Termin gemäß Absatz 2 müssen die Vorgeschlagenen gegenüber dem Wahlleiter/der Wahlleiterin schriftlich ihr Einverständnis mit der Kandidatur erklären. ²Das Einverständnis kann nur aus wichtigem Grund verweigert werden. ³Dieser kann darin liegen, dass der/die Vorgeschlagene unmittelbar vor der Wahl ein entsprechendes Amt innehatte. ⁴Im Zweifelsfall entscheidet der Fakultätsrat über das Vorliegen eines wichtigen Grundes. ⁵Bei Ablehnung des Vorliegens eines wichtigen Grundes ist die Einverständniserklärung entbehrlich.
- (4) ¹Der Wahlleiter/die Wahlleiterin übermittelt die Namen der Kandidaten unverzüglich nach Ende der Frist von Absatz 4 dem Präsidium zur Herstellung des Einvernehmens. ²Das Präsidium kann neben der Zustimmung oder Ablehnung der Kandidaten sein Einvernehmen auch auf einzelne oder einen Kandidaten/eine Kandidatin beschränken.
- (5) ¹Erteilt das Präsidium sein Einvernehmen, so lädt der Wahlleiter/die Wahlleiterin unverzüglich mit einer Ladungsfrist von einer Woche zur Wahl ein. ²Zur Wahl stehen die Kandidaten, die das Einvernehmen des Präsidiums erhalten haben. ³Wird das Einvernehmen verweigert, wird umgehend eine Neuwahl nach den Absätzen 2 - 5 durchgeführt. ⁴Die in Absatz 2 genannte Frist kommt in diesem Fall nicht zur Anwendung.

§ 32 Durchführung der Wahl

¹Jedes Mitglied des Fakultätsrats hat eine Stimme.

²Stimmrechtsübertragungen richten sich nach § 67 dieser Grundordnung. ³Gewählt wird ohne Aussprache mit vom Wahlausschuss vorbereiteten Stimmzetteln. ⁴Im Übrigen gilt § 13 Abs. 5 sinngemäß.

§ 33 Wahlergebnis

- (1) ¹Als Dekan/Dekanin ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen des Fakultätsrats auf sich vereinigt.
²Im Übrigen gilt § 14 Abs. 2 und 3 sinngemäß.
- (2) ¹Das Wahlergebnis wird vom Wahlleiter/der Wahlleiterin unverzüglich verkündet. ²Er teilt dem/der Gewählten die Wahl mit und fordert ihn/sie auf, binnen einer Woche zu klären, ob er/sie die Wahl annimmt. ³Gibt der/die Gewählte innerhalb dieser Frist keine Erklärung ab, so gilt die Wahl als angenommen; auf diese Bestimmung ist in der Mitteilung hinzuweisen.
- (3) Der Wahlleiter/die Wahlleiterin übermittelt das Wahlergebnis dem Präsidenten/der Präsidentin, der/die es hochschulöffentlich bekannt macht.
- (4) Über die Sitzung des Fakultätsrats einschließlich der Wahlhandlung ist ein Protokoll zu führen.

§ 34 Wahlprüfung

Für die Wahlprüfung gilt § 16 sinngemäß

§ 35 Wahl des Prodekans, der Prodekanin

- (1) Die Wahl des Prodekans/der Prodekanin findet jeweils im letzten Semester der Amtszeit des/der amtierenden Prodekans/Prodekanin nach der Wahl des Dekans/der Dekanin statt. ²Die Amtszeit beträgt 6 Semester.
- (2) ¹Vorschlagsberechtigt ist ausschließlich der Dekan/die Dekanin. ²Dieser/diese leitet seinen/ihren Wahlvorschlag spätestens zwei Wochen nach der eigenen Wahl nachrichtlich an das Präsidium weiter. ³Zur Wahl stehen nur die vom Dekan/Dekanin vorgeschlagenen Kandidaten.
- (3) Für die Durchführung der Wahl finden im Übrigen die §§ 27 und 30 bis 33 entsprechende Anwendung.

2. Kapitel: Studiendekane

§ 36 Amtsbezeichnung, Amtszeit

- (1) Die für Lehre und Studium beauftragte Lehrperson führt die Bezeichnung „Studiendekan“ bzw. „Studiendekanin“.
- (2) Der Studiendekan/die Studiendekanin wird aus dem Kreis der Professoren und Professorinnen der Fakultät für eine Amtszeit von drei Jahren gewählt, bleibt jedoch bis zur Annahme der Wahl durch die Amtsnachfolge im Amt.

§ 37 Wahlverfahren

¹Der Wahlleiter/die Wahlleiterin fordert die Mitglieder des Fakultätsrates spätestens vier Wochen vor Ablauf der Amtszeit des bisherigen Studiendekans/der bisherigen Studiendekanin auf, Wahlvorschläge einzureichen. ²Im Übrigen gelten für diese Wahlen die Vorschriften für die Dekanatswahlen entsprechend.

3. Kapitel: Fakultätsräte

§ 38 Größe der Fakultätsräte

- (1) Den Fakultätsräten der Fakultäten gehören neben dem Dekan/der Dekanin und dem Prodekan/der Prodekanin sowie dem Studiendekan/der Studiendekanin sechs Vertreter der Hochschullehrer/ Hochschullehrerinnen, ggf. zwei Vertreter aus der Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter, ein Vertreter der sonstigen Mitarbeiter, zwei Vertreter der Studierenden sowie die Frauenbeauftragte der Fakultät an.

- (2) Professoren/Professorinnen, die dem Fakultätsrat nicht angehören, sind berechtigt,
- bei Angelegenheiten, die die Berufung von Professoren/ Professorinnen betreffen, stimmberechtigt mitzuwirken,
 - bei allen anderen Angelegenheiten beratend mitzuwirken.

4. Kapitel: Frauenbeauftragte der Fakultäten

§ 39 Aufgabenbereich

¹Die Frauenbeauftragten der Fakultäten achten auf die Vermeidung von Nachteilen für Wissenschaftlerinnen, weibliche Lehrpersonen und Studentinnen in der Fakultät; sie unterstützen die Fakultät in der Wahrnehmung ihrer Aufgabe, die Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu fördern und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinzuwirken. ²Sie gehören dem Fakultätsrat und den Berufungsausschüssen sowie beratenden Ausschüssen als stimmberechtigte Mitglieder an.

§ 40 Wahlverfahren

- (1) ¹Die Wahl der Frauenbeauftragten der Fakultäten erfolgen nach der Wahl des Dekans, sofern die Amtszeiten der Frauenbeauftragten und des Dekans zum selben Zeitpunkt enden. ²Den Wahltermin legt der Dekan/Dekanin fest.
- (2) Die Mitglieder der Fakultät haben spätestens zwei Wochen vor dem Wahltermin Wahlvorschläge beim Dekan/bei der Dekanin zusammen mit einer schriftlichen Einverständniserklärung der Vorgeschlagenen einzureichen.
- (3) ¹Die Frauenbeauftragten der Fakultäten werden jeweils für eine Amtsperiode von drei Jahren gewählt. ²Im Übrigen gilt § 23 Abs. 3 bis 5 entsprechend.

§ 41 Stellvertretung

- (1) Für die Frauenbeauftragte der Fakultäten wird jeweils eine Stellvertretung gewählt.
- (2) Die Wahl findet jeweils unmittelbar nach der Wahl der Frauenbeauftragten statt, soweit nicht eine Wahl aufgrund vorzeitigen Ausscheidens der Amtsinhaberin stattfinden muss.
- (3) Für das Wahlverfahren und die Amtszeit gilt § 40 Abs. 3 entsprechend.

IV. Abschnitt: Hauptberufliches wissenschaftliches Personal

1. Kapitel: Professoren und Professorinnen

§ 42 Berufungsverfahren

Das Berufungsverfahren richtet sich nach Art. 18 BayHSchPG.

§ 43 Berufungsausschuss

- (1) Zur Vorbereitung von Vorschlagslisten werden nach Art. 18 Abs. 4 BayHSchPG Berufungsausschüsse von Fakultätsräten im Einvernehmen mit der Hochschulleitung eingesetzt.
- (2) ¹Mit der Einsetzung eines Berufungsausschusses bestimmt der Fakultätsrat dessen Vorsitz sowie dessen Stellvertretung. ²Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende müssen Professoren/Professorinnen sein.
- (3) ¹Unmittelbar nach Beschlussfassung übermittelt der Dekan/die Dekanin die Zusammensetzung des Berufungsausschusses dem Präsidium mit der Bitte um Herstellung des Einvernehmens. ²Wird das Einvernehmen nicht erteilt, hat der Fakultätsrat unter Berücksichtigung der Auffassung des Präsidiums nochmals über die Zusammensetzung des Berufungsausschusses zu befinden.
- (4) ¹Der Berufungsausschuss muss spätestens zum Ende der Bewerbungsfrist für die Stelle, für die er eingesetzt werden soll, gebildet sein. ²Wird ein Berufungsausschuss für sämtliche Berufungsverfahren der Fakultät gebildet ist dessen Amtszeit durch den Fakultätsrat festzulegen.

§ 44 Aufstellung der Vorschlagslisten

- (1) ¹Der Präsident/die Präsidentin leitet alle Bewerbungen mit den Bewerbungsunterlagen für die Stelle einer Professur unverzüglich nach Ablauf der Bewerbungsfrist dem/der zuständigen Berufungsausschussvorsitzenden zu. ²Das Präsidium kann für die Vorlage einer Vorschlagsliste durch den Berufungsausschuss einen Termin bestimmen.
- (2) ¹Der Berufungsausschuss prüft zunächst, ob die Bewerber insbesondere die Voraussetzungen des Art. 7 Abs. 3 BayHSchPG erfüllen. ²Nach Abschluss der Probelehrveranstaltungen würdigt der Berufungsausschuss in einer Stellungnahme die fachliche, persönliche und pädagogische Eignung der Bewerber. ³Er erstellt sodann eine mit Begründung versehene Vorschlagsliste unter Angabe der Reihenfolge der aufgenommenen Bewerber und leitet diese dem Präsidium zu.
- (3) Die Mitglieder des Senats können nach Eingang der Bewerbungsunterlagen bei der Fakultät diese bei dem/der Vorsitzenden des Berufungsausschusses einsehen; auf die Verschwiegenheitspflicht ist hinzuweisen.
- (4) Der/die Berufungsausschussvorsitzende übermittelt den Entwurf der Vorschlagsliste mit allen Unterlagen einschließlich etwaiger Sondervoten und Bewerbungsunterlagen der abgelehnten Bewerber dem Präsidenten/der Präsidentin.

- (5) ¹Der Präsident/die Präsidentin leitet den vom Berufungsausschuss beschlossenen Entwurf der Vorschlagsliste dem/der Vorsitzenden des Senats zur Stellungnahme zu. ²Der Senat ist im Rahmen seiner Beratungen berechtigt, den Vorsitzenden/die Vorsitzende des Berufungsausschusses anzuhören. ³Der Senat kann in seiner Stellungnahme eine Empfehlung zum weiteren Vorgehen abgeben, an die das Präsidium nicht gebunden ist.
- (6) ¹Der/die Vorsitzende des Senats übermittelt dem Präsidium die Stellungnahme nach Absatz 5. ²Das Präsidium beschließt unter Würdigung der Stellungnahme die Vorschlagsliste. ³Beabsichtigt das Präsidium von der Vorschlagsliste des Berufungsausschusses abzuweichen, ist dem Berufungsausschuss Gelegenheit zu geben, nochmals unter Würdigung der Auffassung des Präsidiums seinen Vorschlag zu überdenken. ⁴Bleibt der Berufungsausschuss bei seiner bisherigen Auffassung oder unterbreitet er einen Vorschlag, der vom Beschluss des Präsidiums abweicht, und ändert das Präsidium daraufhin seinen Beschluss nicht, informiert der Präsident/die Präsidentin hierüber den Dekan/die Dekanin, der/die unverzüglich eine Fakultätsratssitzung einberuft, zu der der Präsident/die Präsidentin einzuladen ist. ⁵Der Präsident/die Präsidentin erläutert in der Sitzung die vom Präsidium getroffene Entscheidung. ⁶Etwaige Beschlüsse des Fakultätsrats hierzu haben für das Präsidium keine bindende Wirkung.
- (7) Lehnt das Präsidium die Vorschlagsliste ab, so ist die Stelle neu auszu-schreiben.
- (8) Der Präsident/die Präsidentin teilt die getroffene Entscheidung nach Absatz 6 Satz 2 umgehend dem/der Vorsitzenden des Berufungsausschusses und dem Dekan/der Dekanin der betroffenen Fakultät mit.
- (9) Berufungsausschuss, Präsidium und Senat haben sicherzustellen, dass bei der Aufstellung der Vorschlagsliste die Interessen der gesamten Hochschule berücksichtigt werden.
- (10) Der Präsident/die Präsidentin übermittelt die vom Präsidium beschlossene Vorschlagsliste unverzüglich dem zuständigen Staatsministerium.

§ 45 Probelehrveranstaltungen

- (1) ¹Einer Beurteilung der pädagogischen Eignung sollen nur Bewerber unterzogen werden, die unter rechtlichen und fachlichen Gesichtspunkten Aussicht haben, auf die endgültige Vorschlagsliste gesetzt zu werden. ²Sie werden auf Vorschlag der Berufungsausschüsse von dessen Vorsitzenden zur Durchführung von zwei Lehrveranstaltungen mit anschließender fachlicher Diskussion aufgefordert (Probelehrveranstaltungen). ³Die beiden Lehrveranstaltungen sollen für den gleichen Tag angesetzt werden. ⁴Das Thema einer dieser Lehrveranstaltungen wird den Bewerbern vom Berufungsausschuss gestellt. ⁵Für die andere Lehrveranstaltung können die Bewerber das Thema frei wählen.
- (2) ¹Zu den Lehrveranstaltungen werden von dem/der Vorsitzenden des Berufungsausschusses eingeladen:
1. der Präsident/die Präsidentin,
 2. die Mitglieder des Berufungsausschusses,
 3. die Mitglieder des Senats,

4. die übrigen hauptberuflich wissenschaftlich tätigen Mitglieder der Fakultät,
5. die Studierenden in der betreffenden Fakultät.

²Die Einladung hat so rechtzeitig zu erfolgen, dass die in Nr. 1-5 genannten Personen spätestens eine Woche vor Beginn der Lehrveranstaltungen hiervon Kenntnis erlangen können. ³Der/die Vorsitzende des Berufungsausschusses leitet die Veranstaltung einschließlich einer möglichen Diskussion; sie ist grundsätzlich hochschulöffentlich. ⁴In besonderen Fällen kann der Berufungsausschuss auf Antrag von Bewerbern den Teilnehmerkreis auf die geladenen Mitglieder beschränken.

- (3) Der Studiendekan/die Studiendekanin soll, die Vertreter der Studierenden im Fakultätsrat können zu den Fähigkeiten und Erfahrungen der Bewerber in der Lehre Stellung nehmen.

§ 46 Fachgutachten

- (1) ¹Über Bewerber, die auf die Vorschlagsliste gesetzt werden sollen holt der Vorsitzenden des Berufungsausschusses mindestens zwei Gutachten nach Art. 18 Abs. 4 Satz 5 BayHSchPG von erfahrenen Hochschullehrern/Hochschullehrerinnen des betreffenden Lehrgebiets an anderen Hochschulen ein. ²Die Gutachter bestimmt der Berufungsausschuss; der Bewerber kann Vorschläge unterbreiten. ³Die Bestimmungen des Art. 41 Abs. 2 BayHSchG über den Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung gelten entsprechend.
- (2) ¹Sofern Gutachter die fachliche, pädagogische und persönliche Eignung des Bewerbes/der Bewerber nicht aus eigener Anschauung kennen, sind sie zu den Probelehrveranstaltungen einzuladen. ²Die Gutachter sind befugt, nach Hinweis auf die Pflicht zur Verschwiegenheit Einblick in alle Bewerbungsunterlagen zu nehmen.

§ 47 Sondervoten

- (1) ¹Sondervoten von Professoren/Professorinnen der Fakultät sowie von einzelnen, stimmberechtigten Mitgliedern des Berufungsausschusses können bis spätestens eine Woche nach Protokollerstellung der Beschlussfassung des Berufungsausschusses über die Vorschlagsliste bei dem/der Vorsitzenden dieses Gremiums eingereicht werden, der diese unverzüglich an das Präsidium weiterleitet. ²Der Präsident/die Präsidentin kann innerhalb einer Frist von einer Woche ebenfalls ein Sondervotum abgeben. ³Im Fall von Satz 2 informiert der Präsident/die Präsidentin den Dekan/die Dekanin, der/die unverzüglich eine Fakultätsratssitzung einberuft, zu der der Präsident/die Präsidentin einzuladen ist. ⁴Der Präsident/die Präsidentin erläutert in dieser Sitzung das abgegebene Sondervotum. ⁵Etwaige hierzu gefasste Beschlüsse des Fakultätsrats sind für das Präsidium nicht bindend.
- (2) Der Präsident/die Präsidentin legt die fristgerecht eingegangenen Sondervoten zusammen mit der vom Präsidium beschlossenen Vorschlagsliste unverzüglich dem zuständigen Staatsministerium vor.

2. Kapitel: Lehrkräfte für besondere Aufgaben

§ 48 Einstellungsverfahren

- (1) Stellen für hauptamtliche Lehrkräfte für besondere Aufgaben werden öffentlich ausgeschrieben.
- (2) ¹Für die Einstellung von Lehrkräften für besondere Aufgaben erstellt der Fakultätsrat aus den eingegangenen Bewerbungen eine Vorschlagsliste. ²Dieser Vorschlagsliste sind Gutachten des Fakultätsrats zu den einzelnen vorgeschlagenen Bewerbern beizufügen, die eine Würdigung der fachlichen, persönlichen sowie pädagogischen Eignung zu enthalten haben.
- (3) Über die Vorschlagsliste der Fakultät entscheidet das Präsidium.

V. Abschnitt: Nebenberufliches wissenschaftliches Personal

§ 49 Lehrbeauftragte und sonstige nebenberufliche Tätige

¹Lehrbeauftragte und nebenberufliche Lehrkräfte für besondere Aufgaben werden vom Präsidenten/von der Präsidentin auf Vorschlag des betreffenden Dekans/der betreffenden Dekanin bestellt oder abberufen. ²Der Dekane/die Dekanin legen die Vorschläge nach Beschlussfassung des jeweiligen Fakultätsrats dem Präsidenten vor. ³Im Übrigen gelten die vom zuständigen Staatsministerium erlassenen Vorschriften.

VI. Abschnitt: Studierendenvertretung

1. Kapitel: Studentischer Konvent

§ 50 Wahl des Vorsitzes und der Stellvertretung

- (1) Der Studentische Konvent wählt aus seiner Mitte spätestens fünf Wochen nach seiner Wahl in getrennten Wahlgängen seinen Vorsitzenden/seine Vorsitzende und den Stellvertreter/die Stellvertreterin.
- (2) Ort und Zeit der Wahl bestimmt der Präsident/die Präsidentin.
- (3) ¹Der Präsident/die Präsidentin leitet die Sitzung, bis der/die neu gewählte Vorsitzende des Studentischen Konvents die Wahl angenommen hat. ²Er/sie sorgt dafür, dass über die Wahlen eine Niederschrift angefertigt wird.
- (4) ¹Die Wahl ist geheim. ²Der Studentische Konvent ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der Mitglieder anwesend ist. ³Die Mitglieder des Studentischen Konvents werden spätestens eine Woche vor der Wahl schriftlich unter Angabe der Tagesordnung vom Präsidium geladen.
- (5) ¹Jeder/jede Wahlberechtigte kann zur Wahl des/der Vorsitzenden und der Stellvertretung je einen Kandidaten/eine Kandidatin vorschlagen. ²Die Wahlvorschläge werden in der Sitzung abgegeben.

- (6) Zur Wahl des/der Vorsitzenden und der Stellvertretung hat jedes Mitglied des Konvents je eine Stimme.
- (7) ¹Zum/zur Vorsitzenden des Studentischen Konvents und als Stellvertreter/Stellvertreterin ist gewählt, wer jeweils die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. ²Erreicht im ersten Wahlgang kein Kandidat die erforderliche Mehrheit, so findet im zweiten Wahlgang eine Stichwahl unter den Kandidaten statt, die im ersten Wahlgang die höchste Stimmenzahl erreicht haben. ³Gewählt ist im zweiten Wahlgang, wer die Mehrheit der Stimmen erhält.
- (8) ¹Der Präsident/die Präsidentin teilt den Gewählten unverzüglich das Wahlergebnis mit. ²Die Wahl ist angenommen, wenn nicht spätestens eine Woche nach Zugang der Benachrichtigung eine schriftliche Ablehnung der Wahl aus wichtigem Grund beim Präsidium eingegangen ist.
- (9) ¹ Wird die Wahl nicht angenommen oder kommt eine Wahl nicht zustande, so findet zwei Wochen nach dem Wahltag eine erneute Wahl statt. ²Absatz 7 gilt entsprechend. ³Kommt eine Wahl nicht zustande, entscheidet das Los.

§ 51 Einberufung

- (1) Der Studentische Konvent ist mindestens einmal pro Semester während der Vorlesungszeit von seinem/seiner Vorsitzenden einzuberufen.
- (2) Im Übrigen ist der Studentische Konvent auf Verlangen von mindestens 25% seiner Mitglieder binnen 14 Tagen einzuberufen.

§ 52 Aufgaben

Der Studentische Konvent führt im Zusammenwirken mit dem Sprecher- und Sprecherinnenrat die in Art. 52 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 bis 4 BayHSchG näher aufgeführten Aufgaben durch.

2. Kapitel: Fachschaftenrat

§ 53 Zusammensetzung

Die Zusammensetzung des Fachschaftenrats ergibt sich aus Art. 52 Abs. 2 Satz 2 BayHSchG.

§ 54 Aufgabe

Der Fachschaftenrat wählt zwei Vertreter der Studierenden in den Sprecher- und Sprecherinnenrat.

3. Kapitel: Sprecher- und Sprecherinnenrat

§ 55 Zusammensetzung

¹Der Sprecher- und Sprecherinnenrat besteht aus fünf Studierenden. ²Die Zusammensetzung des Sprecher- und Sprecherinnenrats ergibt sich aus Art. 52 Abs. 3 Satz 2 BayHSchG.

§ 56 Wahl

- (1) ¹Der Studentische Konvent und der Fachschaftenrat wählen jeweils aus den an der Hochschule immatrikulierten Studierenden bzw. aus den Studierendenvertretern in den Fakultätsräten je zwei Mitglieder in den Sprecher- und Sprecherinnenrat.
²Die Wahlen finden unmittelbar im Anschluss an die Wahlen des/der Vorsitzenden des studentischen Konvents in getrennten Wahlgängen statt. ³Der/die Vorsitzende des Studentischen Konvents oder im Verhinderungsfall sein/ihr Stellvertreter leiten die jeweiligen Wahlvorgänge. ⁴Über die Wahlen sind Niederschriften zu erstellen.
- (2) ¹Jeder Wahlberechtigte kann für einen Wahlgang jeweils nur einen Kandidaten vorschlagen. ²Die Wahlberechtigten geben die Wahlvorschläge in der Sitzung ab.
- (3) Jeder Wahlberechtigte aus dem Bereich des Studentischen Konvents bzw. aus dem Bereich des Fachschaftenrats hat für jedes im jeweiligen Bereich zu wählende Mitglied des Sprecher- und Sprecherinnenrats eine Stimme.
- (4) ¹Gewählt sind im Studentischen Konvent bzw. im Fachschaftenrat jeweils die zwei Kandidaten mit den höchsten Stimmenzahlen. ²Unter den Kandidaten mit gleicher Stimmenzahl findet eine Stichwahl statt. ³Bei erneuter Stimmengleichheit entscheidet das Los.
- (5) ¹Die Wahlleiter teilen den Gewählten unverzüglich das Wahlergebnis mit. ²§ 50 Abs. 8 Satz 2 und Abs. 9 Satz 1 gelten entsprechend.
- (6) ¹Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus dem Amt, so wird eine Neuwahl durchgeführt. ²Die Absätze 1 bis 5 gelten sinngemäß mit der Maßgabe, dass eine Nachwahl nur in dem Gremium stattfindet, das das ausscheidende Mitglied gewählt hat.

§ 57 Aufgaben

- (1) Der Sprecher- und Sprecherinnenrat führt im Zusammenwirken mit dem Studentischen Konvent die in Art. 52 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 bis 4 BayHSchG näher bezeichneten Aufgaben durch.
- (2) ¹Der Sprecher- und Sprecherinnenrat führt die Beschlüsse des Studentischen Konvents aus. ²Soweit sie ihm übertragen wurden, erledigt der Sprecher- und Sprecherinnenrat die laufenden Angelegenheiten selbständig. ³Er ist verpflichtet, gegenüber dem Studentischen Konvent über seine Tätigkeit, insbesondere über die Verwendung der Haushaltsmittel, zu berichten.

§ 58 Einberufung

¹Der Sprecher- und Sprecherinnenrat ist von seinem/seiner Vorsitzenden mindestens einmal im Semester, bei Bedarf auch öfter zu Sitzungen einzuberufen. ²Im Übrigen gelten die Regelungen in § 51 Abs. 2 entsprechend.

4. Kapitel: Fachschaftsvertretung

§ 59 Aufgaben

¹Der Fachschaftsvertretung obliegt im Rahmen der Aufgaben nach Art. 52 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 bis 4 BayHSchG die Wahrnehmung fakultätsbezogener Angelegenheiten der Studierenden. ²Der Fachschaftssprecher/die Fachschaftssprecherin führt dabei die laufenden Geschäfte der Fachschaftsvertretung und vollzieht deren Beschlüsse. ³Sie haben gegenüber der Fachschaf-tenvertretung über ihre Tätigkeit, insbesondere über die Verwendung der Haushaltsmittel, zu berichten.

§ 60 Einberufung

- (1) Die Fachschaftsvertretung ist mindestens einmal im Semester während der Vorlesungszeit vom Fachschaftssprecher/der Fachschaftssprecherin einzuberufen.
- (2) Auf Verlangen von mindestens 25 % ihrer Mitglieder ist die Fachschaftsvertretung binnen 14 Tagen einzuberufen.

VII. Abschnitt: Gemeinsame Vorschriften für den Geschäftsgang in den Kollegialorganen und sonstigen Hochschulgremien

§ 61 Geltungsbereich

Im Vollzug von Art. 41 Abs. 1 Satz 2 BayHSchG gelten die nachfolgenden Regelungen für alle Kollegialorgane und sonstige Hochschulgremien, soweit nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.

§ 62 Ladungen

- (1) ¹Kollegialorgane und sonstige Gremien werden jeweils durch ihre Vorsitzenden einberufen und geleitet. ²Die Ladung hat mindestens eine Woche vor Sitzungsbeginn zu erfolgen. ³Für Funktionsträger, die an den Sitzungen ohne Stimmrecht bzw. mit beratender Stimme teilnehmen, gilt Satz 2 entsprechend
- (2) Ist die Behandlung einer Angelegenheit so dringlich, dass sie keinen Aufschub duldet, so kann der/die Vorsitzende unter ausdrücklichem

Hinweis auf die Dringlichkeit eine Sitzung unter Beachtung einer Ladungsfrist von drei Werktagen anberaumen.

- (3) Für Sitzungen der Hochschulleitung gelten diese Fristen nicht, sie können kurzfristiger anberaumt werden.
- (4) Die Hochschulleitung ist zu den Sitzungen aller Gremien unter Angabe der Tagesordnung einzuladen; Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.
- (5) Die Hochschulleitung ist berechtigt, die Gremien unter Angabe einer Tagesordnung zu einer gemeinsamen Sitzung einzuberufen; Absätze 1 Sätze 2 und 3 sowie Abs. 2 gelten entsprechend.

§ 63 Beschlussfähigkeit

- (1) ¹Die Gremien sind beschlussfähig, wenn alle Mitglieder sowie die Funktionsträger nach § 62 Abs. 1 ordnungsgemäß geladen und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt sind. ²Schriftliche Stimmrechtsübertragungen werden bei der Feststellung von Anwesenheit und Stimmrecht berücksichtigt.
- (2) ¹Um eine Beschlussunfähigkeit zu vermeiden, kann die erste Ladung nach § 62 Abs. 1 mit einer zweiten Ladung für den Fall verbunden werden, dass die nach Absatz 1 erforderliche Anzahl von Mitgliedern nicht anwesend ist. ²In diesem Fall kann das Gremium mit einem zeitlichen Mindestabstand von einer halben Stunde zu einer zweiten Sitzung zusammentreten, wobei es ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig ist; in der zweiten Ladung ist auf diese Bestimmung hinzuweisen.

§ 64 Zustandekommen von Beschlüssen

- (1) ¹Die Gremien beschließen mit der Mehrzahl der abgegebenen Stimmen in Sitzungen. ²Stimmenenthaltungen gelten nicht als abgegebene Stimmen. ³Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des/der Vorsitzenden den Ausschlag. ⁴Bei Prüfungsgremien sind Stimmenenthaltungen unzulässig.
- (2) ¹Beschlüsse im Umlaufverfahren sind nur ausnahmsweise und unter der Voraussetzung zulässig, dass eine Angelegenheit aufgrund unerwarteter, keinen Aufschub duldender Dringlichkeit, entschieden werden muss. ²In diesem Fall gibt der/die Vorsitzende die zu behandelnde Angelegenheit mit Angabe der Dringlichkeit den Mitgliedern des Gremiums in geeigneter Weise schriftlich bekannt; den Zeitraum der Bekanntgabe vermerkt er in den das jeweilige Gremium betreffenden Akten. ³Die Bekanntgabe muss einen Stimmzettel enthalten, der als amtlich gezeichnet ist und den Gegenstand der Abstimmung so bezeichnen muss, dass das einzelne Gremienmitglied eine Entscheidung mit „ja“ oder „nein“ ohne weiteres treffen kann. ⁴Der/die Vorsitzende bestimmt einen Termin, bis zu dem spätestens die ausgefüllten Stimmzettel bei ihm eingegangen sein müssen; verspätet eingegangene Stimmzettel können nicht berücksichtigt werden. ⁵Die Frist zur Stimmabgabe muss mindestens zwei Kalenderwochen betragen. ⁶Ein Beschluss ist zustande gekommen, wenn sich die Mehrheit der Mitglieder an der Abstimmung beteiligt; Absatz 1 gilt entsprechend. ⁷Der/die Vorsitzende vermerkt das Ergebnis der Abstimmung in den betreffenden Akten.

- (3) Für die Präsidenten-, Vizepräsidenten-, Dekans-, Prodekan- und Studiendekanswahlen sowie für die Wahlen zur Frauenbeauftragten der Hochschule und den Frauenbeauftragten der Fakultäten finden die vorstehenden Absätze keine Anwendung.

§ 65 Öffentlichkeit

- (1) Die Gremien tagen nicht öffentlich. Sie können im Einzelfall für bestimmte Tagesordnungspunkte einer zukünftigen Sitzung die Öffentlichkeit beschließen, soweit nicht Personal- oder Prüfungsangelegenheiten behandelt werden oder Rechte Dritter oder sonstige rechtliche Gründe entgegenstehen.
- (2) Beschlüsse nach Absatz 1 Satz 2 werden in geheimer Abstimmung gefasst und bedürfen einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder.
- (3) Sitzungen oder Sitzungsteile, die eine Wahl bzw. die Vorstellung von zur Wahl stehenden Kandidaten zum Gegenstand haben, sind öffentlich.

§ 66 Geheime Abstimmung

¹Abstimmungen in Personalangelegenheiten erfolgen geheim, soweit nicht das Gremium einstimmig eine offene Abstimmung beschließt. ²Im Übrigen ist geheim abzustimmen, soweit zwei Drittel der anwesenden Mitglieder dies verlangen. ³Bei Prüfungsgremien ist eine geheime Abstimmung ausgeschlossen.

§ 67 Stimmrechtsübertragung

- (1) ¹Bei Abwesenheit eines Vertreters einer Mitgliedergruppe in einem Gremium ist eine schriftliche Stimmrechtsübertragung für einzelne Sitzungen oder Teile von Sitzungen zulässig. ²Sind mehrere Vertreter einer Mitgliedergruppe im Gremium vertreten, so kann das Stimmrecht auf einen anderen Vertreter der gleichen Gruppe übertragen werden. ³Bei nur einem Vertreter einer Mitgliedergruppe in einem Gremium ist eine Stimmrechtsübertragung auf einen gewählten Ersatzvertreter möglich. ⁴Die Übertragung des Stimmrechts auf einen Vertreter einer anderen Mitgliedergruppe ist ausgeschlossen.
- (2) Im Hochschulrat können die hochschulangehörigen Mitglieder ihr Stimmrecht nicht auf die nicht hochschulangehörigen Mitglieder übertragen und umgekehrt.
- (3) Sofern an ein Mitglied eines Kollegialorgans mehrere Stimmrechte übertragen werden, kann davon nur ein Stimmrecht wahrgenommen werden.
- (4) Abweichend von Absatz 1 sind bei Prüfungsgremien Stimmrechtsübertragungen nicht zulässig.
- (5) Die Absätze 1 und 3 gelten nicht für die Hochschulleitung und die erweiterte Hochschulleitung.

§ 68 Geschäftsordnung

¹Die Hochschulleitung, der Hochschulrat und der Senat können nach Art. 41 Abs. 1 Satz 3 BayHSchG auf der Grundlage der Bestimmungen dieses Abschnitts für ihren Bereich Geschäftsordnungen erlassen. ²Bis zum Erlass entsprechender Geschäftsordnungen und für sonstige Gremien gilt die Geschäftsordnung des Senats entsprechend.

VIII. Abschnitt: Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 69 Übergangsbestimmungen

- (1) Nach Art. 99 Abs. 7 BayHSchG sind die Wahlen zum Senat, zu den Fakultätsräten, zum Dekan/zur Dekanin, zum Prodekan/zur Prodekanin sowie zum Studiendekan/zur Studiendekanin nach diesen Vorschriften im Sommersemester 2007 durch die zu diesem Zeitpunkt noch im Amt befindlichen Organe durchzuführen.
- (2) Der amtierende Präsident lädt die neu gewählten Mitglieder des Hochschulrates und des Senats zur konstituierenden Sitzung ein und leitet die Sitzung bis zur Wahl eines/einer Vorsitzenden.

§ 70 Änderungen der Grundordnung

- (1) Vorschläge zur Änderung dieser Grundordnung werden gemäß Art. 20 Abs. 2 Nr. 7 BayHSchG durch das Rektorat bzw. Präsidium erstellt und dem Hochschulrat durch den Rektor bzw. den Präsidenten/die Präsidentin zur Beschlussfassung zugeleitet.
- (2) Der Hochschulrat beschließt sodann Änderungen dieser Grundordnung gemäß Art. 26 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 BayHSchG als Satzung.

§ 71 Inkrafttreten

- (1) Diese Grundordnung tritt mit dem Tage der Bekanntmachung, spätestens am 1.7.2007 in Kraft.
- (2) Mit Inkrafttreten dieser Grundordnung tritt die Grundordnung der Fachhochschule Landshut vom 24. Mai 1985 (KMBI II S. 171), zuletzt geändert durch Satzung vom 28. Mai 2003 (KWMBI II 2004 S. 232), außer Kraft.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des erweiterten Senats der Fachhochschule Landshut vom 24.04.2007 und der Genehmigung des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst durch Schreiben vom 13.06.2007, Az. XI/5-H 331.LA-11/17 130 .

Landshut, den 25. Juni 2007

Prof. Dr. Erwin Blum
– Präsident –

*Diese Satzung wurde am 25.06.2007 in der Fachhochschule Landshut niedergelegt. Die Niederlegung wurde am 25.06.2007 durch Aushang in der Hochschule bekannt gemacht.
Tag der Bekanntgabe ist der 25.06.2007.*